

Herausgeber: «Neue Zürcher Nachrichten» Verlags-A.-G.,
Redaktion und Administration: Hofbahnstrasse 24, Zürich 8
Tel. 24 17 06 - Telegramme: Nachrichten Zürich - Postcheck VIII 6630

Neue

Annahme-Annahmen
Heute: Christliche Kultur
Aus dem Inhalt: Eigentum - Bereitschaft -
Besuch beim hl. Klemens Maria Hofbauer
Kinder erfolgreicher Eltern - Eifenbein-
schrein von Brescia

Philippine: Aarau, Basel, Bern,
Davos, Langenthal, Liestal, Luzern,
St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn,
Lausanne, Gené, Martigny

Zürcher Nachrichten

Abonnementspreise: 1 Monat Fr. 2.50 3 Monate Fr. 7.50 12 Monate Fr. 30.—

Katholische Tageszeitung

Insertionspreise:

Für Ausland-, Feldpost- und Ferienabonnements Auskunft durch die Administration. Preis der Einzelnummer 20 Rp.

Redaktion: H. Odermatt (Chef), W. Zimmermann, J. Bucher, W. Schobinger, Dr. C. Doka
Verantwortlich für den Inseratenteil: Orell Füssli-Annancen, Zürich
Druck: H. Bösiger Erben AG Zürich

Für den Raum einer 1-spalt. Millimeterzeile Lokal 14 Rp. (kleine Gelegenheits-Insertate und Todesanzeigen aus Zürich 10 Rp.), Schweiz und Ausland 18 Rp. - Reklame-Millimeterzeile 60 Rp.

Der Weg der Schweiz

Verteidigung des Westens

D. Vor drei Wochen ist Staatssekretär Acheson in sein Amt eingeführt worden, und schon gilt er als die «Stimme Amerikas». Denn fast alle seine bisherigen Erklärungen waren bedeutungsvoll und griffen irgendwie entscheidend in die Entwicklung der gegenwärtigen Spannung ein. Zweifellos die wichtigste, möglicherweise auch die folgenschwerste Mitteilung machte er an der Pressekonferenz vom vergangenen Mittwoch. Nach der Ankündigung, die Unterzeichnung des Atlantikpaktes werde wahrscheinlich in der ersten Aprilwoche stattfinden, stellte er fest, die beste Politik bestehe nicht mehr darin, durch Vermittlung der Vereinigten Nationen eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion anzustreben. Vielmehr müssten sich die USA konzentrieren auf eine Bündnispolitik mit den westlichen Nationen, die entschlossen seien, die menschlichen Freiheiten und die demokratischen Regierungen zu verteidigen.

Eine Neuigkeit kann das für den, der die Ereignisse verfolgt, nicht sein. Zum erstmalig aber erklärte die amerikanische Regierung formell, dass sie an Stelle der UNO die Bündnisse mit Westeuropa setze. Das hat doch wohl Acheson sagen wollen. Wer noch zweifeln sollte, mag sich an die weitere Mitteilung Achesons halten, der Wendepunkt in der Nachkriegspolitik der USA sei das seinerzeit dem Kongress unterbreitete Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei gewesen. Bekanntlich war das der Auftakt zur «Truman-Doktrin», die man seinerzeit nicht als Neuorientierung gelten lassen wollte. Jetzt aber rückt Acheson jenes Hilfsprogramm in den Zusammenhang mit der Bündnispolitik, in deren Nachbarschaft er auch das europäische Wiederaufbauwerk unter dem Namen des «Marshallplans» stellt. Schliesslich fügt er in den gleichen Rahmen den Westpakt, der auch als Brüsseler Allianz bezeichnet wird. Dieses Instrument habe als erstes regionales Verteidigungsabkommen die früheren bilateralen Bündnisse — gemeint dürfte der britisch-französische Dünkirchen-Pakt sein — verdrängt und sei ein «wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens» geworden, d. h. zum Auftakt einer Koordination der USA mit den Staaten der Brüsseler Allianz. Der Atlantikpakt wäre also das letzte Glied in der Kette. Natürlich behauptet Acheson nicht, dass diese Entwicklung vorbedacht war. Man darf es auch glauben, dass Massnahmen wie die Hilfe an Griechenland und die Türkei sowie das Marshallwerk nicht den Aufbau eines Bündnisystems bezweckten und nur deshalb ausserhalb der UNO aufgezogen wurden, weil sie die Sowjetunion und ihre Partner verunmöglicht hätten. Der Kreml hat dann aber die USA gezwungen, immer neue Widerstände einzuschalten, bis es jetzt nach der Erklärung Achesons so weit zu sein scheint, dass alle bisherigen Akte der «Truman-Doktrin» auf ein Paktsystem zur Verteidigung des Westens hinauslaufen sollen. Natürlich fehlen noch einige Voraussetzungen, vor allem die Zustimmung der amerikanischen Kamern und der westeuropäischen Parlamente zum Atlantikpakt. Allein es ist kaum anzunehmen, dass sich Acheson so weit vorgezagt hätte, wenn ihm die Mehrheit im Kapitol keine Gewähr bieten würde. Die fünf Staaten des Brüsseler Paktes aber, nämlich Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg, werden ohnehin dabei sein, waren sie es doch, die wegen der militärischen Ohnmacht Westeuropas auf den Abschluss des Atlantikpaktes drängten. Auch der Beitritt Norwegens und Dänemarks ist sicher, und dass Italien heiss die Einladung erwartet, weiss man.

Nun stimmt es ja, dass der Inhalt des Atlantikpaktes bis dato nicht bekannt ist und vor der Stellungnahme der begründeten Regierungen kaum veröffentlicht wird. Im Zusammenhang mit den Worten Achesons dürfte aber kein Zweifel möglich sein, dass der Atlantikpakt trotz seines betont defensiven Charakters die Sammlung Westeuropas unter amerikanischem Beistand antreibt und wohl in noch stärkerem Gegensatz zur Sowjetunion rückt. Und das auch ohne die in der Luft hängende amerikanische Rüstungshilfe für die Atlantikstaaten. Das wortreiche System der Pakte genügt jedoch, um die Situation zu versteifen, soweit das überhaupt möglich ist. In diesen Aspekt gehören dann zwangsläufig auch die Europa-Union, die an der kommenden Konfe-

renz der Westpaktmächte mit Italien, Irland und den nordischen Staaten ihre endgültige Form erhalten soll, sowie der angestrebte Mittelmeerpakt.

Es ist unumgänglich, sich der Bedeutung dieser Vorgänge bewusst zu werden, um die heikle Situation zu verstehen, die von der schweizerischen Neutralitätspolitik gemeistert werden muss. Wohl wird es stimmen, dass die schweizerische Haltung in den letzten Monaten nicht mehr so wie auch schon Stein des Anstosses war. Sie hat nach einer jüngsten Erklärung Bundesrat Petitpierre wieder aufgeholt. Dafür zeugt auch die Art und Weise, wie sich Feldmarschall Montgomery über unsere Neutralität ausgedrückt hat. Allerdings geschah das unter betont militärischen Aspekten, indessen all die Bestrebungen bis zum Atlantikpakt einen ebenso politischen Zweck haben, der die militärischen Folgen erst zeitigen kann. Uebrigens ist die Kommandogruppe unter Montgomery bekanntlich bemüht, das katastrophale Ungenügen der Westpaktstaaten auf dem militärischen Sektor weitzuschlagen und die Bereitschaft so zu

Die Unkosten des Weltfriedens

Republikanische Warnungen vor Waffenlieferungen

Von unserem New Yorker S-Korrespondenten

Zwei führende republikanische Senatoren haben an Truman die Frage gerichtet, wie hoch sich die Kosten des Nordatlantikpaktes — für die Tasche des USA-Steuerzahlers stellen werden. Einer von ihnen, Mr. George von Georgia, will die Zustimmung seiner engeren Parteifreunde von einer genauen Aufstellung darüber abhängig machen, welche Beiträge die USA auszugeben haben, um den westlichen Partnerländern Kriegsmaterialien und Waffen zu liefern.

Es entspricht dem nüchternen praktischen Sinn der Yankees, wenn sie noch vor einer offiziellen Kenntnis des Vertragwerkes wissen wollen, welche Opfer ihnen die Erhaltung des Weltfriedens auferlegen wird. Grosse Teile des amerikanischen Volkes gehen aber mit diesem Standpunkt nicht einig. Auch die grosse republikanische Presse gibt diesem oppositionellen Flügel ihrer Partei zu bedenken, dass es in der gegenwärtigen aussenpolitischen Situation vor allem vital sei, eine solide Front der Westmächte aufzurichten, damit die Welt vor den Schrecken eines dritten Weltkrieges bewahrt bleibe. Die nordamerikanischen Steuerzahler hätten bereits im Prinzip dem Beitritt zum Nordatlantikabkommen zugestimmt und dessen Prinzipien. Es gehe nicht an, präzise Bedingungen für die Beteiligung an dieser Allianz zu fordern und Präsident Truman wolle die Parlamente eingehend informieren und wünsche von ihnen keinen Blankoscheck.

Offensichtlich suchen die Republikaner taktische Vorteile zu erreichen. Es bliebe sonst unverständlich, weshalb selbst ihre bedeutendsten Persönlichkeiten, wie Dulles, gegen ausgedehnte Kriegsmaterialhilfe agitieren. Dulles befürchtet von Waffenlieferungen nach Skandinavien eine Reizung der Sowjetrepublik. Der Kreml habe keine Absicht, unter den gegenwärtigen Umständen einen Krieg gegen die Westmächte zu starten. Würden aber die Vereinigten Staaten eine bedeutende militärische Hilfe Skandinavien angedeihen lassen, könnte dies zum Kriege führen.

Südafrikanische Provinzwahlen

Kapstadt, 10. März. (Exch.) Mit 85 noch ausstehenden Wahlergebnissen ist der Stand der Parteien in den südafrikanischen Provinzwahlen wie folgt: Kap-Provinz: Vereinigte Partei (Smuts) 20 Sitze; Nationalisten (Malan) 6 Sitze; Unabhängige 1 Sitz. Transvaal: Vereinigte Partei 20 Sitze; Nationalisten 10 Sitze; Arbeiterpartei 2 Sitze; Unabhängige 1 Sitz. Natal: Vereinigte Partei 18 S.; Nationalisten 0 S.; Unabhängige 1 S. Oранжеfreistaat: Vereinigte Partei 1 S.; Nationalisten 8 Sitze.

Die bisher veröffentlichten Ergebnisse stam-

fördern, dass sich das von ihr angelegte Verteidigungsdispositiv rechtfertigt. Dass das fernab von den übrigen Massnahmen geschieht, die Acheson, angefangen von der Hilfe für Griechenland und die Türkei, genannt hat, ist kaum zu glauben. Die eine Massnahme dürfte deshalb mit zunehmender Versteifung der Lage in die andere übergreifen. Hier eine klare und kompromisslose Scheidung treffen zwischen dem, was sich mit den Möglichkeiten unserer Neutralitätspolitik verträgt, und dem, was sie ablehnen muss, wird immer schwieriger. Denn das oberste Gesetz des aussenpolitischen Handelns auch unserer verantwortlichen Behörde muss die Sicherheit, Unabhängigkeit und Wohlfahrt des Landes sein. Es kann zu einem Nein, aber auch zu einem Ja führen, weil keineswegs im vorneherein feststeht, dass schweizerischerseits alles abgelehnt werden muss, was jetzt im Westen vorgekehrt wird. Zu hoffen ist ja, dass das Verständnis der andern auch fürderhin seine Früchte trägt, was Bevin damit bewiesen hat, dass auf Grund seiner Rücksprache mit Bundesrat Petitpierre eine Einladung an die Schweiz zum Mittun bei der Europa-Union ausgeblieben ist. Allein es wird auch klug sein, nüchtern und gefasst mit schweren Entscheidungen zu rechnen.

men durchweg aus städtischen Bezirken, wo die Vereinigte Partei am stärksten ist. Die Wahlbeteiligung war ausserordentlich stark, und es lagen mehrere Anzeichen dafür vor, dass ausser in Natal auch in anderen Provinzen ein Absinken der Nationalisten-Stimmen stattfand. In Zentral-Prétoxia, das die Regierung bei den allgemeinen Wahlen mit einer Mehrheit von 507 Stimmen gewann, sank die Majorität auf 276 Stimmen. In Bocksburg, einer anderen Transvaal-Gemeinde, verdoppelte die Vereinigte Partei fast ihre Majorität. Die Nationalisten erlitten bei dem Versuch, die städtischen Bezirke Natal zu erobern, schwere Verluste. Im umstrittenen Durban erhielt ihr Kandidat knapp die Hälfte der Stimmen seines Gegenkandidaten von der Vereinigten Partei.

Die Schäden der Feuerbrunst von Genissiat. Bellegarde (AFP) Es bestätigt sich, dass die durch die Feuerbrunst im Kraftwerk von Genissiat verursachten Schäden 30 bis 40 Millionen Francs betragen. Das Werk wird erst in etwa drei Wochen seinen vollen Betrieb wieder aufnehmen können. Die bisherige Untersuchung hat festgestellt, dass jeder Gedanke einer Sabotage ungerechtfertigt sei.

Vierlinge. Frankfurt. (AFP) In Gern, zwischen Frankfurt und Fulda (Land Hessen) hat die 35 Jahre alte Olga Pelzer drei Mädchen und einem Knaben das Leben geschenkt. Frau Pelzer hat bereits fünf Kinder. Nach den letzten Berichten sind die Mutter und die Vierlinge wohl auf.

Neue Briefmarken in der französische Zone. (C) Die Postverwaltung der französischen Zone gibt demnächst neue Briefmarken im Werte von 2, 3 und 5 M-Mark in jedem der drei Länder dieser Zone heraus. Weiter werden zwei Sondermarken «Helft Berlin» und zum 75-jährigen Bestehen des Weltpostvereins Sondermarken in drei Werten herausgegeben.

Wild-West. Martinsburg. (Reuter) Vier bewaffnete Banditen zwangen das Fahrpersonal eines Expresszuges der Linie Baltimore-Ohio, den Zug auf ein Seitengeleise in der Nähe von Martinsburg zu steuern. Sie raubten dann alle Passagiere aus, gingen hierauf in ein in der Nähe gelegenes Nachlokal, plünderten die Besitzer aus und entkamen dann in einem gestohlenen Autg. Der überfallene Zug führte ungefähr 100 Reisende mit sich. Die Banditen bestiegen den Zug, als die Passagiere in einer einsamen Gegend die Notbremse gezogen hatten.

Schweres Flugzeugunglück. Sidney (Australien), 10. März. ag. (Reuter) Eine Lockheed Lode-star-Maschine stürzte beim Start in der Nähe von Coolangatta, 72 km von Brisbane entfernt, ab. Dabei kamen alle an Bord anwesenden Personen, nämlich 21, ums Leben. Das Flugzeug stürzte in einen Sumpf ab. Feuerwehrleute bahnten sich einen Weg durch das Wasser, das ihnen bis zu den Schenkeln reichte, um die Flammen mit Feuerlöschapparaten zu bekämpfen. Von den Getöteten waren 18 Passagiere, darunter zwei Kinder, und drei Besatzungsmitglieder.

Flugzeugabsturz in Norwegen. Oslo. (Reuter) In der Nähe von Merket Valdres stürzte ein Schulflugzeug ab, wobei zwei Offiziere der norwegischen Luftwaffe ums Leben kamen. Das Flugzeug war vom Flugplatz Oslo aus nach dem etwa eine Stunde Flugzeit entfernten Valdres gestartet. Die Trümmer wurden etwa 4 km von Valdres entfernt aufgefunden. Das Schulflugzeug war gegen eine Bergwand gestossen.

Die Tagesfrage

Hinter den Kulissen Argentiniens

-tt. Hinter den Kulissen Argentiniens soll allerhand Geheimnisvolles passieren. Im Mittelpunkt dieser Vorgänge steht General Peron und seine Gattin Eva. Die Armee soll Peron aufgefordert haben, seiner Frau ein weiteres Auftreten in der Öffentlichkeit zu untersagen. Diese Aufforderungen seien geradezu ultimativ. Ihnen parallel laufe eine Krise rund um die Regierung.

Was ist Wahres daran? Zweifellos haben sich in jüngster Zeit die Finanz- und Wirtschaftslage Argentiniens arg verschlechtert. Wie überall wird auch in Argentinien dafür die Regierung verantwortlich gemacht. Die Gegner des Peron-Regimes erhalten Auftrieb, obwohl es ihnen an richtiger Führung fehlt. Peron kam 1943 mit Hilfe der rechtsgerichteten Armee an die Macht. Er konsolidierte aber seine Stellung merkwürdigerweise mit Hilfe der linksgerichteten Bevölkerung. Seither versuchte er das Los der arbeitenden Klassen auf Kosten der wohlhabenden Schichten zu verbessern. Seine Gattin unterstützt ihn dabei lebhaft, war sie doch selber die Tochter eines Farmarbeiters.

Die Militärs haben es Peron nicht verziehen, dass er ihrer politischen Linie den Rücken kehrte. Die kapitalistischen Kreise sind seine Gegner, weil er Gehälter und Löhne heraufsetzte, die verkürzte Arbeitszeit und andere soziale Massnahmen einführt, die die Besitzenden bezahlen müssten, ohne dass ihnen — wie sie behaupten — irgend ein Äquivalent geboten würde. Die Industriellen sprechen immer offener von einer wirtschaftlichen Katastrophopolitik, die nur dazu diene, die persönliche Popularität Perons zu erhalten, die Volkswirtschaft des Landes aber völlig ignoriere. Die drei traditionellen Oppositionsparteien — Radikale, Sozialisten, Konservative — treiben Opposition aus politischen Gründen. Sie bekämpfen Peron, seit er den Beschluss bekanntgegeben, die liberale Verfassung von 1853 zu reformieren.

Noch steht die breite Masse hinter Peron. Die Opposition der Minderheit lässt ihn daher noch recht kühl. Er macht keine Kompromisse mit seinem Gegner, sondern sucht die Freundschaft und das Vertrauen unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung zu festigen. Senora Eva versteht es trefflich, ihn in seiner Taktik zu unterstützen. Sie weist in ihren Propagandareden immer auf ihre niedere Herkunft hin. Aber glaubt man der nun vornehmen Dame, die immer sehr gut und teuer angezogen ist? Doch Eva Peron hat ihren Trick, der bei den Frauen immer zieht:

«Es ist noch nicht lange her, dass ich wie Ihr angezogen war. Dank unseres Programms habe ich jetzt diese Kleider. Wenn Ihr uns weiter unterstützt, dann wird es mein höchstes Ziel bleiben, Euch zu dem gleichen guten Standard zu verhelfen. Ich will sorgfältig angezogene Frauen in Argentinien.»

Eva Peron schwindelt dabei ein bisschen. Sie verschweigt, dass sie Schauspielerin war, Rundfunksprecherin, den Präsidenten um den Finger wickelte und so zu schönen Kleidern kam. Dass alle argentinischen Arbeiterfrauen sich einst anziehen könnten wie die schöne Eva, das glaubt die Sprecherin wohl selber nicht.

Wirtschaftsexperten bezeichnen die Wirtschaftspläne Perons als Fehlspekulationen. Peron glaubte, die Welt werde auf viele Jahre hinaus argentinisches Fleisch und Getreide so dringend benötigen, dass sie bereit sei, die höchsten Preise zu bezahlen. Als sich aber die Ernteentwicklung in der Welt günstiger entwickelte, fand sich Argentinien plötzlich in einer argen Devisenklemme. So stehen heute nicht einmal Devisen für lebensnotwendige Importe zur Verfügung. Der Peso fällt, die Lebenskosten steigen, Inflation droht unmittelbar.

Die Frage ist, wie sich die arbeitende Bevölkerung zu dieser Veränderung der Lage verhält. Wie weit sie einverstanden ist, dass die Parole «Härteres Arbeiten und niedriger Lebensstandard» eingehalten wird. Heute scheint Peron noch über die Massen zu verfügen. Sonst hätte wahrscheinlich die Armee schon revoltiert. Aber morgen? Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern und die tollen Versprechungen Eva Perons wie Seifenblasen zerplatzen?

Ausmarchung im Aargau

** Wir stehen kurz vor den Erneuerungswahlen unseres aargauischen Parlaments, die nach dem proportionalen Verfahren am 20./21. März stattfinden werden. Eine intensive Werbekraft legen seit längerem alle Parteien an den Tag. Es wird ein hartes Kräftemessen geben, zumal zur Bestellung des achten Proporzparlamentes insgesamt 758 Kandidaten und 10 Parteien oder Gruppierungen das politische Rennen mitmachen. Vor vier Jahren waren es nur neun Parteien. Neu hinzugekommen sind die Liberalsozialisten, frühere Freiwirtschaftler, im Bezirk Aarau. Die Christlich-sozialen kandidieren, wie vor der letzten Bestätigungswahl, allein im Bezirk Bremgarten, aus dem sie einen Vertreter nach Aarau abordnen. In den andern Bezirken war es möglich, eine gemeinsame konservativ-christlich-soziale Liste aufzustellen. Im Bezirk Bremgarten halten die Christlichsozialen mit den Konservativen Listenverbindung. Weggefallen ist die Gruppe des «Wirtschaftlichen Aufbaues», die 1945 im Bezirk Bremgarten erfolglose Anstrengungen machte.

Bisher war die katholisch-konservative Volkspartei die stärkste bürgerliche Gruppe im Grossen Rat. Sie ordnete 43 Volksvertreter ab. Die Freisinnigen schickten 37 Parlamentarier nach Aarau, die Bauern- und Bürgerpartei 34, die Evangelische Volkspartei 3, die Jungbauern 3, der Landesring 4 und die Kommunistische Partei der Arbeit 2. Die Sozialisten wiesen sich mit 67 Vertretern im Rate der 193 aus. Die PdA marschiert diesmal in 5 Bezirken mit einer eigenen Liste auf, und zwar in Aarau, Zofingen, Kulm, Rheinfelden und Baden. Aller Voraussicht nach darf diese «Partei der Affären», deren Führer Nicole ein offenes Bekenntnis zur Sowjetunion abgelegt

hat, kaum auf einen Erfolg rechnen. Die Kommunisten hetzen gegenwärtig gegen die Sozialdemokraten, die ob des Wahlgetrommels richtig aufgebracht sind und in Presse und Flugblatt den Kampf gegen die Sowjetsoldlinge aufgenommen haben. Die Katholisch-konservative Volkspartei, sowie die Freisinnigen und die Bauern- und Bürgerpartei kandidieren erstmals in allen elf Bezirken. Fast ausnahmslos sind gebrochene Listen aufgestellt worden. Bekanntlich gilt im Aargau das Listenstimmensystem, bei dem das Panaschieren sowie das Kumulieren erlaubt ist. Von der Kumulation wird allerdings wenig Gebrauch gemacht. Die Unabhängigen vermochten bisher in den Bezirken Baden und Aarau Fuss zu fassen. Jetzt versuchen sie ihr Glück in den Bezirken Zofingen, Kulm und Brugg. Die Evangelischen stellen eigene Listen in den Bezirken Aarau und Lenzburg auf.

Es hält schwer, in Prophezeiungen zu machen. Bei der grundsätzlichen konservativen Einstellung der Wählerschaft im Aargau sind wesentliche Verschiebungen in den Fraktionsstärken kaum zu erwarten. Man wird wie andernorts eine Abkehr von den extremen Parteiströmungen erwarten dürfen. Für uns Katholiken wird der Erfolg nur möglich sein durch treues und festes Zusammenhalten aller. Wir sollten die Zeichen der Zeit verstehen! Heute geht es um entscheidende Dinge. Nur eine christliche Politik auf solider sozialer Grundlage kann heute den Sieg über die dunklen Mächte verbürgen. Wir wollen hoffen, dass das katholische Aargauervolk einig und geschlossen seiner katholischen Sache zum Erfolg verhelfen werde.

Besprechungen mit Trygve Lie

Genf als UNO-Platz gesichert

spk. Die am Dienstag eingeleiteten Besprechungen zwischen Bundesrat Petitpierre und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Trygve Lie über die Benützung des Palais des Nations für die spezialisierten Organisationen der UNO haben am Mittwoch in Genf ihren Fortgang genommen. Sie hatten schon am Abend des ersten Verhandlungstages den Willen beider Teile in Erscheinung treten lassen, zu einer positiven Lösung zugunsten von Genf zu gelangen. Es hat sich herausgestellt, dass die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Räume nicht mehr genügen, um neben den übrigen spezialisierten Organisationen der UNO auch noch die Weltgesundheitsorganisation in den Gebäuden des europäischen Zentrums aufzunehmen. Es wird sich deshalb darum handeln, entweder dieses letztere zu vergrössern, oder sich nach anderen Räumlichkeiten in Genf umzusehen. Ebenso hat sich aber auch gezeigt, dass angesichts der Komplexität der Frage und der bedeutenden Konsequenzen einer Entscheidung auf diesem Gebiet nicht von einer unnützen Verzögerung in deren Behandlung, von der eine Zeitlang die Rede war, gesprochen werden kann. Am Abend wurde zu Ehren von Trygve Lie auf Einladung des Bundesrates ein Bankett veranstaltet, an dem ausser dem Leiter unserer Aussenpolitik und seinen Mitarbeitern auch Mitglieder des Genfer Staatsrates teilnahmen sowie hohe Funktionäre des dortigen Zentrums der UNO und des Internationalen Arbeitsamtes.

Die obige Meldung lässt durchblicken, dass entweder Genf oder der Bund oder beide zusammen bei der Raumbeschaffung zum Zug kommen sollen. Angesichts der Bedeutung, die das Verbleiben und die Vermehrung der UNO-Organisationen für Genf namentlich auch in wirtschaftlicher Beziehung haben, sieht man dem Ausgang der Verhandlungen mit Interesse entgegen. Ihr Schwerpunkt liegt nach der Rückkehr von Bundesrat Petitpierre offenbar in Bern.

Um das neue Bodenrecht

* Am 3. März 1949 fand in Bern auf Einladung der Justiz- und der Landwirtschaftsdirktion unter dem Vorsitz von Regierungsrat Moine, Justizdirektor, und im Beisein von Bundesrat von Steiger, Chef des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes und der kantonalen Direktionen der Justiz und der Landwirtschaft eine gemeinsame Konferenz der Regierungstatthalter und Grundbuchverwalter des Kantons Bern statt zur Besprechung der bei den eidg. Räten liegenden Vorlage eines Bundesgesetzes über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes. Regierungsrat Stähli, Landwirtschaftsdirktor, orientierte die Versammlung in deutscher, Dr. de Riedmatten, Beamter des eidg. Justizdepartementes, in französischer Sprache. Die Versammlung galt in erster Linie der Abklärung der praktischen Handhabung der Gesetzesvorlage. Uebereinstimmung herrschte darüber, dass das bisherige Genehmigungsverfahren infolge des Widerstandes der Beteiligten nicht in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden könne, dass andererseits aber gewisse Massnahmen zur Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes im gesamten Landesinteresse erforderlich seien. Als zweckmässig und ohne grossen Apparat

durchführbar wurden gemäss der Vorlage, wie sie aus den Beschlüssen des Nationalrates hervorgegangen ist, das Einspracheverfahren und das — dem albernischen Recht bereits bekannte — Zugrecht erachtet.

Aus Grossen Räten

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am Donnerstag die Beratung der Vorlage über die Lösung der Jura-Frage fortgesetzt.

Die Schlussabstimmung ergab die Annahme der Vorlage mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen. Der Vorsitzende präsidierte dieses Ergebnis in einer kurzen Ansprache.

Im aargauischen Grossen Rat wurde die Vorlage über den Wohnungsbau verabschiedet, nachdem Subventionen in der Höhe von 25 Prozent für den normalen und von im Maximum 40 Prozent für den sozialen Wohnungsbau festgesetzt waren. Der Rat beschloss ferner die Schaffung eines neuen Anwaltsrechts und nahm von Regierungsseite die Versicherung entgegen, dass fehlbare Motorfahrer mit verschärften Massnahmen zu rechnen haben.

Der Freiburger Grosse Rat beschloss seine Session. Zu den Vorwürfen gegen die kantonale Militärdirektion stellte Staatsrat Corbaz fest, er behalte sich vor, gegen die Zeitungen, welche die Beschuldigungen erhoben hatten, Anzeige zu erstatten. Am Mittwoch wurde Staatskanzler Binz in seinem Amt bestätigt.

OLMA 1949

-r- Die OLMA, die schweizerische Messe für Land- und Milchwirtschaft in St. Gallen, findet dieses Jahr in der Zeit vom 13. bis 23. Oktober statt. Die meisten der letztjährigen Aussteller haben ihre Teilnahme wiederum zugesagt. Mit der Regierung und mit den Viehzüchtern des Kantons Glarus ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, nach welcher der Kanton Glarus eine Viehausstellung ausführen wird. Ueber die Durchführung einer Sonderschau über Anbau und Verarbeitung von Hanf und Flachs und über eine Pflanzenschau finden noch Verhandlungen statt. Die Meldefrist für Aussteller läuft bis zum 31. März.

Internationale Flüchtlingsorganisation

ag. Die Kommission des Nationalrates, welche zur Prüfung der Frage des Beitritts der Schweiz zur Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) bestellt worden ist, tagte unter dem Vorsitz von Nationalrat Schmid (Sollthurn) und in Anwesenheit von Bundesrat Petitpierre am 9. März in Genf.

Am Vorabend wurde die Kommission von Generaldirektor der IRO, H. Tuck, empfangen und hatte Gelegenheit, von ihm und andern Mitgliedern der Direktion interessante Aufschlüsse über die Tätigkeit der Organisation zu erhalten, sowie verschiedene ihrer Dienstzweige zu besichtigen.

Nach Ausführungen des Vorstehers des Politischen Departementes, sowie des Chefs der Flüchtlingssektion der Polizeiabteilung, Dr. Schürch, beschloss die Kommission einstimmig, den in der Botschaft des Bundesrates enthaltenen Anträgen zum Beitritt unseres Landes zur IRO zuzustimmen.

4. Schweiz. Kongress für Städtebau

(Mitg.) Nach dreijährigem Unterbruch veranstaltet der Schweiz. Ausschuss für Städtebau (Präsident Hr. Georges Béguin, Bern/Neuchâtel) am 21./22. Mai dieses Jahres in Luzern seinen 4. Kon-

gress. In dessen Mittelpunkt steht die Behandlung der «Bodenfrage in unsern Planungen» durch Architekt Vouga, Lausanne, Architekt Mossdorf, Luzern, und den langjährigen Direktionssekretär des Baudepartements des Kantons Zürich, Dr. Sigg. Als Einleitung zu einer Ausstellung über die besten Ortsplanungen der letzten Jahre und einige typische Altstadtsanierungen sprechen die Architekten J. Béguin, Neuchâtel, über Stadtzentren, Brunoni, Locarno, über Wohnquartiere und Beveler, Bern, über Grünflächen. Die vorbereitenden Arbeiten für den Kongress leitet Stadtbaumeister Türlin, Luzern, diejenigen für die Ausstellung Architekt Abry, Luzern. Das ausführliche Programm erscheint Ende März.

In Moskau gnädig gehört

Moskau. ag. Anlässlich einer zweiten Uebermittlung der am 6. März vom Zentralkomitee der PdA der Schweiz gefassten Resolution meldet Radio-Moskau am Donnerstag: «Das Zentralkomitee der PdA der Schweiz hat das Auftreten von Maurice Thorez gutgeheissen und dem Schweizervolk empfohlen, diese Haltung zur Richtschnur zu nehmen.»

Von den Bekleidungs- und Lederarbeitern

ag. Der erweiterte Zentralvorstand des Verbandes der Bekleidungs-, Leder- und Ausstattungsarbeiter der Schweiz (VBLA) tagte am Sonntag in Zürich. Er nahm einen Lagebericht des Zentralpräsidenten entgegen und befasste sich unter anderem mit der augenblicklich unbefriedigenden Beschäftigungslage in verschiedenen Branchen, vor allem auch in der Schuhindustrie. Die Verbandsinstanzen wurden einstimmig beauftragt, die in einer Eingabe an den Schuhindustriellenverband niedergelegten Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Nach Auffassung des erweiterten Zentralvorstandes des VBLA sollte dringend eine sofortige Verbesserung der geltenden Bestimmungen an die Hand genommen werden, wenn im Falle eines erneuten Kriseneintruchs eine rasche Verarmung und Radikalisierung der Betroffenen verhindert werden soll.

Der erweiterte Zentralvorstand befasste sich ferner mit der Frage der ausländischen Arbeitskräfte und nahm einen Bericht entgegen über die gegenwärtige Situation in den internationalen Berufsverbänden der Leder- und der Bekleidungsbranche.

Der nächste Kongress des VBLA soll Ende August 1949 in Genf stattfinden.

Das Baugewerbe zu Tagesfragen

(Mitg.) Die Baugewerbegruppe des Schweizerischen Gewerbeverbandes trat in Zürich unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Nationalrat Dr. P. Gysler, zusammen. Die gegenwärtig von einer Expertenkommission zu prüfende Frage der allfälligen Weiterführung der Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen gab Anlass zu einer ersten Aussprache, wobei insbesondere darauf hingewiesen wurde, dass neben der rechtlichen Seite auch die Gesamtauswirkung dieser Institution beachtet werden muss. Die Baugewerbe befasste sich im weitern mit dem Problem der Abgeltung der Lohnzahlungspflicht gemäss Artikel 335 des Obligationenrechtes und nahm in zustimmendem Sinne Kenntnis von einer vorläufigen Stellungnahme des Schweizer Gewerbeverbandes zur Frage der Wohnbauschubventionierung. Danach sollen im Prinzip ab Ende 1949 die Bundesbeiträge wegfallen, wobei indessen noch eine Auslaufzeit von sechs Monaten einzuräumen ist. In einer allgemeinen Umfrage erfolgte, sodann eine Orientierung über die lohnpolitische Situation in diesem Frühjahr.

OBWALDEN

Volksschule Sarnen. (Korr.) Am letzten Montagabend sprach Dr. Adolf Bucher, Professor am Kollegium Sarnen, in aufrüttelnder und umfassender Weise über den kommunistischen Justizskandal in Ungarn, dem der grosse Kämpferkardinal zum Opfer diene.

Im Anschluss daran stimmten die Zuhörer einstimmig einem Protest mit folgendem Wortlaut zu, der an die Adresse der ungarischen Gesandtschaft in Bern gerichtet ist:

«Nach Anhören eines zusammenfassenden Vortrages von Dr. Adolf Bucher über die Glaubensverfolgung in Ungarn erheben die Teilnehmer der Sarnen Volkshochschule schärfsten Protest gegen die schandbare Prozesskomödie und dem grauenhaften Justizmord, deren Opfer der Kardinal-Erzbischof Josef Mindszenty von Gran geworden ist, und fordern als an Freiheit und Recht gewohnte Schweizer im Namen der heiligen Menschenrechte die unverzügliche Freilassung und Rehabilitierung des Fürstprimas von Ungarn.»

GLARUS

Traktanden für die Glarner Landsgemeinde

ag. Der Glarner Landrat hat in seiner Mittwochssitzung entgegen dem Antrag des Regierungsrates zuhanden der Landsgemeinde beschlossen, allen Schulgemeinden Lehrstellenbeiträge in der Höhe von 3000 Fr. zu verabfolgen, während bisher die Defizitgemeinden einen um 600 Fr. höhern Beitrag als die übrigen Gemeinden erhalten hatten. Ein Antrag der Sozialdemokraten, dem Konkordat über die wohnörtliche Armenunterstützung beizutreten, wurde auf Antrag der Regierung mit grosser Mehrheit abgelehnt. Dagegen wird der Landsgemeinde empfohlen, dem Konkordat zwischen den Kantonen und der Eidgenossenschaft über den Ausschluss von Steuerabkommen beizutreten. Abgelehnt wurde sodann eine sozialdemokratische Motion, einen weitem Kredit von 100,000 Fr. für Wohnbauschub-



Auch Du, Arbeiter oder Angestellter

«Die Regierungen sollen zahlen!» wird mancher von Euch sagen. Oder aber: «Die Reichen sollen zahlen!» Und damit habt Ihr wohl recht. Die Regierungen könnten zahlen, sie sollten es, und unter den Privaten vor allem die Reichen. Aber seht, seit die Welt besteht, haben immer jene die Not am besten verstanden, die sie an sich selbst erlebten. Und so ist es bei allen Sammlungen: am meisten gibt der — manchmal absolut genommen, im Verhältnis zu seinem Vermögen immer —, der selber kaum genug hat, um davon leben zu können.

Der Egoismus der andern darf aber keine Entschuldigung sein, selber nichts zu tun. Und in diesem Falle geht es um Kinder, um Tausende von Kindern, die unter Hunger und Kälte leiden. Könntest Du der Not Deines eigenen Kindes, und sei sie auch nur halb so gross, gleichgültig zuschauen? Und sind die Kinder der andern nicht dem Deinen gleich, der gleichen Liebe würdig?

Ich lese Dir die Antwort von den Augen ab, die schon aufleuchten vor Mitgefühl. Du wirst mithelfen! Du, Arbeiter, Du, kleiner Angestellter, ja sogar Du, Arbeitsloser, Ihr alle werdet Euren Teil der Schweizer Europahilfe geben.

Elmo Patocchi.

SCHWEIZER EUROPAPHILF
Sammlung 1949
Postcheckkonto Zürich VIII 322

ventionen zu eröffnen. Somit wird der Kanton Glarus die Wohnbautätigkeit im Jahre 1949 nicht mehr subventionieren.

BASEL-STADT

Elektrizitätsmangel und Lohnausfall, ag. In einer Resolution verlangen die Vertrauensleute der Bau- und Holzarbeiter Basels volle Entschädigung des durch Elektrizitätseinschränkungen in Betrieben entstandenen Lohnausfalls und geben sich nicht mit Karenztagen und Arbeitslosenunterstützung zufrieden.

ST. GALLEN

Subventionen für die Museen. -r- Nachdem die Bürgerschaft der Stadt St. Gallen eine gemeinderätliche Vorlage über die Errichtung einer Stiftung für die der Ortsbürgergemeinde gehörenden Museen verworfen hat, soll nun den dringenden Bedürfnissen auf dem Subventionswege Rechnung getragen werden. Die Ortsbürgergemeinde rechnet für die städtischen Sammlungen jährlich mit insgesamt 160,000 Fr. Bruttokosten. Deshalb rechtfertigt es sich, den Beitrag der Stadt an die Museen auf 70,000 Fr. und denjenigen für die Stadtbibliothek auf 15,000 Fr. festzusetzen. Daraus ergibt sich eine jährliche Gesamtbelastung von 85,000 Fr. Auf die Ausrichtung einer Nachsubvention aber für das Jahr 1948 will der Stadtrat im Hinblick auf das voraussichtliche Defizit der Gemeinderrechnung 1948 nicht eintreten.

Kirchliches

Ein Schweizer Jesuit neuer Visitator für alle Jesuitenmissionen in China

Der General des Jesuitenordens hat P. F. S. Burkhardt zum Visitator aller Jesuitenmissionen in China ernannt.

P. Burkhardt, ein 46jähriger Schweizer, war vorher Superior des Ordens im Bistum Kinghsien in Südchapel. Er kam 1926 nach China. Seine Hauptaufgabe wird darin bestehen, die verschiedenen Aktionen und Methoden der 11 Missionsgebiete in China einander anzupassen. Durch seine Ernennung verringert sich die Abhängigkeit der Chinamission von ihren Heimatprovinzen in Europa und Amerika. Es befinden sich ca. 850 Jesuiten in China, davon 250 Chinesen. Die Jesuiten leiten die Aurora-Universität in Shanghai, die Tsinku-Universität in Tientsin und Mittelschulen in Peiping, Nanking, Hongkong und andern Städten.

Papstfeier in Bern

Sonntag, 13. März, um 17 Uhr, wird der apost. Nuntius, Mgr. Bernardini, aus Anlass des 10. Jahrestages der Krönung Papst Pius XII. in der Dreifaltigkeitskirche in Bern ein feierliches «Deum» singen, Chorherr Schenker. Solothurn, wird die Festpredigt halten. Auf besonderen Wunsch des Hl. Vaters werden mit Rücksicht auf die schwere Lage der Kirche in manchen Ländern keine weltlichen Empfänge veranstaltet.

Flugverkehr

Neuer Flugplan der KLM. (Eing.) Anfangs März erscheint erstmals der neue Flugplan der KLM. Die KLM Zürich hat dieses neue Blockplan-System ausgearbeitet, das an Einfachheit und Uebersicht alle bisher gebräuchlichen Flugpläne übertrifft. Auf einem Blatt sind alle europäischen und interkontinentalen KLM-Strecken aufgeführt und mit Leichtigkeit kann jeder Anschluss gefunden werden.